

## ARBEITSVORLAGE

Drucksachennummer:

Amt / Abteilung	Sachbearbeiter/in	Telefon	Datum
Bürgermeisterin	Lehnert, Simone	9745-10	15.02.2021
Registernummer	022.3	Seiten 2	Anlagen 1
Beratung / Beschlussfassung	Status	Sitzung	Top
Gemeinderat	öffentlich	23.02.2021	2

## VERHANDLUNGSGEGENSTAND

### Vorberatung des Haushaltsplanentwurfs 2021 mit Finanzplan 2022 - 2024

hier: Haushaltsanträge der SPD/FB Fraktion

#### I. Beschlussvorschlag

Über die Anträge vom 8. Februar 2021 der Fraktion der Liste „Sozialdemokratische Partei Deutschlands und Fortschrittliche Bürger“ im Gemeinderat der Gemeinde Ingersheim wird abgestimmt.

#### II. Zusammenfassung

Im Rahmen der Einbringung des Haushaltsplans 2021 hat die Fraktion SPD/FB zwei Anträge (siehe Anlage) eingereicht. Die Stellungnahme der Verwaltung ist unter Sachdarstellung und Begründung aufgeführt.

#### III. Finanzielle Auswirkungen

Durch die Änderung der Friedhofssatzung ergeben sich ab dem 3. Quartal 2021 voraussichtlich Mehreinnahmen, da die Gebühren neu kalkuliert werden. Diese Neukalkulation hat die Verwaltung bereits in ihrem Arbeitsplan für das 1. und 2. Quartal vorgesehen. Die finanziellen Auswirkungen können erst nach der Neukalkulation beziffert werden.

Über die möglichen finanziellen Auswirkungen im Bereich Kindergartengebühren und Mittagessen für die Kinder soll im Rahmen der jährlich stattfindenden Gebührenanpassungen beraten werden. Die Auswirkungen können erst dann beziffert werden.

### III. Sachdarstellung und Begründung:

Die eingegangenen Anträge der SPD/FB-Fraktion sind in der Anlage beigelegt.

#### **Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag 1:**

Die Arbeiten an der Änderung der Friedhofssatzung wurden verwaltungsintern bereits begonnen, die Kalkulation hat eine hohe Priorität. Es ist geplant, dass die Kalkulation bis spätestens zum Beginn des 3. Quartals 2021 abgeschlossen ist und ab diesem Zeitpunkt die angepassten Gebühren erhoben werden können.

Sobald die Kalkulation und die Satzung entsprechend überarbeitet wurden, wird diese auf die Tagesordnung des Gemeinderates kommen. Der Gemeinderat kann über die Kostendeckungsgrade und Höhe der Gebühren diskutieren und abstimmen oder auch entsprechende Anträge einbringen. Da die Kalkulation derzeit noch nicht abgeschlossen ist, kann im Haushalt für das Jahr 2021 noch keine Gebührenerhöhung eingeplant werden. In den Finanzplanungsjahren wird jedoch bereits im Haushaltsplan 2021 mit einer Gebührenerhöhung in diesem Bereich geplant.

Über den Antrag muss aus Sicht der Verwaltung nicht abgestimmt werden, da die Arbeiten hierzu bereits begonnen wurden.

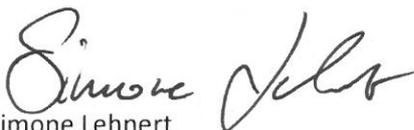
#### **Stellungnahme der Verwaltung zu Antrag 2:**

Die Verwaltung schlägt vor, über diesen Antrag im Rahmen der Gebührenanpassungen im Kinderbetreuungsbereich zu beraten und abzustimmen. Eine Abstimmung zum jetzigen Zeitpunkt würde der Diskussion über die Gebührenanpassung vorgreifen. Eine unmittelbare Auswirkung auf den vorgelegten Entwurf des Haushaltsplans hat der Antrag nicht.

Die Beratung über die Anpassung der Gebühren soll im Zusammenhang mit dem Kindergartenbedarfsplan im Sommer erfolgen.

Im Rahmen der Klausurtagung des Gemeinderats wurde die Verwaltung seitens des Gemeinderats beauftragt, Möglichkeiten für Einsparungen im Kinderbetreuungsbereich vorzulegen. Die Verwaltung hat dem Gemeinderat nicht vorgeschlagen, das Mittagessen bei bestimmten Betreuungsmodellen zu streichen, sie hat hierzu lediglich eine Möglichkeit aufgezeigt, im Rahmen freiwilliger Leistungen Anpassungen vorzunehmen.

Über mögliche Änderungen in diesem Bereich kann im Rahmen der Gebührenanpassungen beraten werden, auch über die Höhe des Eigenanteils beim Mittagessen. Die Kosten pro Mittagessen liegen derzeit bei 11 Euro pro Kind und Tag. Die Verwaltung möchte bis dahin untersuchen, wie die Kosten für das Mittagessen reduziert werden können, um hier ein schlankeres Angebot zu schaffen, ohne die Qualität zu mindern.



Simone Lehnert  
Bürgermeisterin

**Fraktion der Liste „Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
und Fortschrittliche Bürger“  
im Gemeinderat der Gemeinde Ingersheim**

An die Gemeindeverwaltung  
z.H. Frau Bürgermeisterin Lehnert  
Hindenburgplatz  
74379 Ingersheim



Ingersheim, den 08.02.2021

**Betreff: Anträge zum Haushalt 2021**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Lehnert, sehr geehrte Vertreter der Kämmerei, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,

die Fraktion „Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) / Fortschrittliche Bürger (FB) des Gemeinderates der Gemeinde Ingersheim stellt folgende Anträge zum zu beratenden und zu verabschiedenden Haushalt der Gemeinde Ingersheim für das Jahr 2021:

- 1. Das Thema „Änderung der Friedhofssatzung“ kommt im 2. Quartal 2021 bzw. baldmöglichst auf die Tagesordnung des Gemeinderates. In Zuge dessen wird die Satzung der Entwicklung in diesem Bereich allgemein angepasst und insbesondere im Hinblick auf die zu erhebenden Gebühren. Diese werden neu kalkuliert und entsprechend angehoben, so dass bereits für das 3. und 4. Quartal mit deutlichen Mehreinnahmen diesbezüglich zu rechnen ist und diese auch im Haushaltsplan so aufgeführt werden können.**
  
- 2. Im Hinblick auf die Kinderbetreuung nehmen Verwaltung und Gemeinderat davon Abstand bei bestimmten Betreuungsmodellen das Mittagessen zu streichen. Eine Steigerung des Eigenanteils der Eltern beim Mittagessen soll nicht höher ausfallen als 20%.**

Begründung:

Die finanziellen Probleme der Gemeinde Ingersheim sind der Verwaltung und dem Gremium hinlänglich bekannt und bewusst. Dabei ist es normal, dass auch alle Gebührensatzungen auf den Prüfstand kommen.

Die Friedhofssatzung wurde seit 2014 nicht mehr angepasst und hinkt den Ansprüchen und Entwicklungen in diesem Bereich daher deutlich hinterher. Hier muss der Deckungsgrad deutlich erhöht werden, um dringend benötigte Einnahmenverbesserungen zu erzielen.

Nicht konform gehen wir mit Gedankenspielen bei bestimmten Betreuungsmodellen in der Kinderbetreuung das Mittagessen zu streichen. Hier stehen Einsparungen und verursachter Schaden in keinem gesunden Verhältnis. Der Betreuungsplatz würde dadurch unnötig entwertet werden und eine solche Entscheidung würde auch zulasten der Kinder gehen.

Gegen eine moderate Anhebung des Eigenanteils der Eltern beim Mittagessen für die Kinder ist nichts einzuwenden. Verlautbarte Vorschläge anderer Fraktionen, die nahezu eine Verdopplung dieses Eigenanteils bedeuten würden, lehnen wir hingegen entschieden ab.

Generell ist es für uns als SPD/FB-Fraktion entscheidend, dass unser wichtigster und gar nicht mehr so weicher Standortfaktor „Kinderbetreuung“ nicht unbedacht kaputtgespart wird. An aktuelle und kommende Bedarfe anpassen ja, Kürzungen mit der Rasenmähermethode: nein!

*Mit freundlichen Grüßen*

für die SPD-/FB-Fraktion

*Thorsten Majer*

*Hilde Grabenstein*

*Maxie Walter*

*Katrin Schaaf*